



Zeitschrift der **GEW** Hessen
für Erziehung, Bildung, Forschung

Sonderausgabe

Februar 2016



Aktionstag am 3. März 2016

Für einen handlungsfähigen Sozialstaat:

- Gute Bedingungen für Bildung!
- Bessere Finanzausstattung der Kommunen und des Landes!

Demonstrationen und Kundgebungen

Frankfurt: 15.30 Uhr DGB-Haus – 16.15 Uhr Alte Oper

Kassel: 15.30 Uhr Staatstheater – 16.30 Uhr Opernplatz



GEW-Aktionstag am 3. März

Auf der Grundlage eines entsprechenden Beschlusses der außerordentlichen Landesdelegiertenversammlung der GEW am 26. November 2015 verabschiedete der GEW-Landesvorstand am 27. Januar 2016 einen Aufruf für einen Aktionstag

am 3. März. Die HLZ fasst den Aufruf im Folgenden zusammen. Den vollständigen Wortlaut findet man zusammen mit vielfältigen Vorschlägen für regionale Aktionen auf der Homepage der GEW Hessen: www.gew-hessen.de

Gute Bedingungen für Bildung kann nur ein handlungsfähiger Sozialstaat sichern. Deshalb fordern wir vor der Kommunalwahl am 6. März eine bessere Finanzausstattung für die hessischen Kommunen und das Land. Dafür demonstrieren wir am Donnerstag, dem 3. März!

Vor den Kommunalwahlen werden wir wieder viele gute Reden hören. In den Wahlkampfroschüren werden wir lesen, wie wichtig eine gute Bildung ist. Gleichzeitig werden wir bei konkreten Forderungen immer wieder hören, dass „leider kein Geld da“ sei. Deshalb melden wir uns vor den Kommunalwahlen erneut zu Wort.

2015: Ein Jahr der Proteste

- Die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst streikten vier Wochen lang für eine faire Bezahlung und eine Aufwertung ihrer Arbeit. Viele Eltern unterstützten ihre Forderungen.
- Beamtinnen und Beamte protestierten gegen die Weigerung der Landesregierung, das Tarifergebnis für die Angestellten zu übertragen. Stattdessen verordnete die Landesregierung den Polizistinnen und Polizisten und Lehrkräften eine 18-monatige Nullrunde. Verbeamtete Lehrerinnen und Lehrer traten deshalb in einen eintägigen Streik und werden jetzt mit massenhaften Disziplinarverfahren überzogen.
- Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrerinnen und Lehrer demonstrierten gemeinsam gegen die Stellenkürzungen in der Oberstufe und in der Grundschule und gegen den maroden Zustand vieler Schulgebäude.

Ob kommunale Arbeitgeber oder Landesregierung, ob „Schuldenbremse“ oder „Kommunaler Schutzschirm“ – die Antwort auf unsere Forderungen war dieselbe: Die Beschäftigten sollen den Gürtel enger schnallen, damit

die Schulden abgebaut werden können. Auch die Kinder und Jugendlichen und ihre Eltern spüren die Folgen einer unausgewogenen Steuerpolitik zugunsten von Unternehmen und Vermögenden, durch die sich der Staat selbst arm gemacht hat. Damit muss Schluss sein.

Geld ist genug da!

Wir erwarten endlich Antworten auf unsere berechtigten Forderungen:

- Ausbau des Kita-Angebots durch die Beseitigung der Finanznot der kommunalen Träger
- eine Vergütung für die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst, die der Verantwortung und dem hohen Qualifikationsgrad der Beschäftigten entspricht
- bessere Bildung in Kitas und Schulen durch kleinere Gruppen
- Abbau des Sanierungsstaus bei den Schulgebäuden
- Rücknahme der Stundenkürzungen im Bereich der Oberstufe, der Grundschule und der Intensivklassen
- Bildung für alle Kinder aus Flüchtlingsfamilien in Kitas, Schulen, Hochschulen und Berufsausbildung
- Übertragung des Tarifergebnisses und der tariflichen Arbeitszeit auf die Beamtinnen und Beamten
- Einstellung der Disziplinarverfahren gegen Lehrerinnen und Lehrer, die das in der Europäischen Menschenrechtskonvention garantierte Streikrecht in Anspruch genommen haben

Demonstration und Kundgebung

Frankfurt: 15.30 Uhr DGB-Haus (Nähe Hauptbahnhof), 16.15 Uhr Alte Oper

Kassel: 15.30 Uhr Staatstheater, 16.30 Uhr Opernplatz



Zeitschrift der GEW Hessen
für Erziehung, Bildung, Forschung
ISSN 0935-0489

I M P R E S S U M

Herausgeber:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Hessen
Zimmerweg 12
60325 Frankfurt/Main
Telefon (0 69) 971 2930
Fax (0 69) 97 129393
E-Mail: info@gew-hessen.de
Homepage: www.gew-hessen.de

Verantwortlicher Redakteur:

Harald Freiling
Klingenberg Str. 13
60599 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 636269
Fax (0 69) 6313775
E-Mail: freiling.hlz@t-online.de

Mitarbeit:

Christoph Baumann (Bildung), Tobias Cepok (Hochschule), Dr. Franziska Conrad (Aus- und Fortbildung), Joachim Euler (Aus- und Fortbildung), Dr. Roman George (Bildung), Holger Giebel, Angela Scheffels (Mitbestimmung), Michael Köditz (Sozialpädagogik), Annette Loycke (Recht), Heike Lühmann (Aus- und Fortbildung), Karola Stötzel (Weiterbildung), Gerd Turk (Tarifpolitik und Gewerkschaften)

Gestaltung:

Harald Knöfel, Michael Heckert †

Sondernummer:

Maika Wiedwald, Harald Freiling

Illustrationen und Fotos:

GEW (Titel, S.2, 3, 4 und 7), Heinrich Schuld (S.9), Uwe Stotz (S.6)

Verlag:

Mensch und Leben Verlagsgesellschaft mbH
Niederstedter Weg 5
61348 Bad Homburg

Anzeigenverwaltung:

Mensch und Leben Verlagsgesellschaft mbH
Peter Vollrath-Kühne
Postfach 19 44
61289 Bad Homburg
Telefon (06172) 95 83-0
Fax: (06172) 9583-21
E-Mail: mlverlag@wsth.de

Erfüllungsort und Gerichtsstand:

Bad Homburg

Bezugspreis:

Jahresabonnement 12,90 Euro (9 Ausgaben, einschließlich Porto); Einzelheft 1,50 Euro. Die Kosten sind für die Mitglieder der GEW Hessen im Beitrag enthalten.

Zuschriften:

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder wird keine Haftung übernommen. Im Falle einer Veröffentlichung behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der GEW oder der Redaktion übereinstimmen.

Nachdruck:

Fotomechanische Wiedergabe, sonstige Vervielfältigungen sowie Übersetzungen des Text- und Anzeigenteils, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion und des Verlages.

Druck:

Druckkollektiv Gießen
Am Bergwerkswald 16-20
35392 Gießen

Gute Bedingungen für Bildung!

Es ist kein Aprilscherz: Am 1. April tritt die nächste Stufe der Eskalationsstrategie der schwarz-grünen Landesregierung gegen die Beamtinnen und Beamten in Kraft. Für die Beschäftigten im Bereich des Tarifvertrags Hessen (TVH) steigen die Einkommen um weitere 2,4%. Auch diese zweite Stufe der Tarifeinigung vom April 2015 soll auf die Beamtinnen und Beamten nicht übertragen werden. Die Folgen der schwarz-grünen Agenda sind weitere Gehaltseinbußen und die weitere Abwertung der Arbeit der verbeamteten Lehrkräfte. So sollen die Kolleginnen und Kollegen nach einer achtzehnmonatigen Nullrunde ab dem 1. 7. 2016 mit einer Gehaltserhöhung von 1,0% abgespeist werden. Wichtige Strukturanpassungen wie die Anhebung der Besoldung der Grundschullehrkräfte auf A 13 sollen erst gar nicht angegangen werden, und die Arbeitszeit der hessischen Lehrkräfte ist die höchste aller Bundesländer.

Diese Politik steht im Kontext vielfältiger Streichungen und Kürzungen bei öffentlichen Aufgaben. So konnten wir 2015 mit den Kolleginnen und Kollegen im Sozial- und Erziehungsdienst nur einen sehr kleinen Schritt in der Frage der materiellen Anerkennung ihrer hochwertigen pädagogischen Arbeit durchsetzen. Von einer angemessenen Angleichung sind wir noch weit entfernt. In den Hochschulen greift das Fristvertragsunwesen weiter um sich und auch in den Schulen ist es noch lange nicht beendet. Studentischen Hilfskräften wird ein Tarifvertrag vorenthalten, im Weiterbildungsbereich ist prekäre Beschäftigung weiter an der Tagesordnung.

Bezahlbarer sozialer Wohnraum wird insbesondere in Ballungsgebieten immer rarer, was Menschen mit niedrigeren Einkommen und auch Studierende besonders zu spüren bekommen. Gleichzeitig werden gerade im kommunalen Bereich vielfältige Kultur- und Sporteinrichtungen abgebaut, Bildungs- und Freizeitangebote gestrichen. Insbesondere Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien bis hin zum Mittelstand sind davon betroffen. Und das bleibt nicht ohne negative Folgen für Arbeit in den Bildungseinrichtungen.

Und wenn wir die politisch Verantwortlichen nach dem Warum fragen, bekommen wir immer die gleichen Antworten: Es sei kein Geld da! Es gehe nicht wegen der Schuldenbremse! Und die sei ein Gebot der

Generationengerechtigkeit! Aber wie kann die Politik der Schuldenbremse generationengerecht sein, die die Bedingungen für Bildung und Pädagogik immer weiter verschlechtert? Wir sagen: Mit dieser Politik verschulden sich die dafür politisch Verantwortlichen bei den jungen Menschen, indem sie ihnen die Bedingungen für eine optimale Entwicklung vorenthalten.

In allen Bildungsbereichen fehlen angemessene Gruppengrößen, vielfach sind die Gebäude marode und sanierungsbedürftig, die materielle Ausstattung ist unzureichend. Pädagogische und soziale Zukunftsaufgaben werden personell unzulänglich versorgt.

Gleichzeitig haben die politisch Verantwortlichen dafür gesorgt, dass die öffentliche Hand immer weniger von dem erhält, was wir alle gemeinsam in diesem Land erwirtschaften. Der Anteil der öffentlichen Einnahmen am Bruttoinlandsprodukt sinkt kontinuierlich. Gleichzeitig wächst der private Reichtum der Reichsten in unserem Land ins Unermessliche. Und trotz aktuell höherer Steuereinnahmen wird den Bildungsprofis, die mit ihrer Arbeit einen wesentlichen Anteil an dieser Entwicklung haben, weiter eine angemessene Teilhabe verweigert. Damit muss endlich Schluss sein!

Wir fordern eine grundlegende politische Umkehr und eine dauerhafte finanzielle Stärkung des öffentlichen Sektors, damit wichtige öffentliche Aufgaben finanziell angemessen ausgestattet werden. Dazu gehören auch gute Arbeitsbedingungen für die Profis im Bildungsbereich.

Dafür wollen wir gemeinsam am 3. März in Frankfurt und Kassel demonstrieren. Kommt zu unseren Demonstrationen und werbt in euren Kollegien und Einrichtungen für die Teilnahme!

Birgit Koch, GEW-Landesvorsitzende
Jochen Nagel, GEW-Landesvorsitzender





Wir bleiben dran!

Aktionstag für faire Arbeitsbedingungen in den Schulen

Es brodelt in den hessischen Schulen. Die überfällige Entscheidung der Landesregierung, zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer für dringend benötigte Intensivkurse für Kinder aus Flüchtlingsfamilien bereitzustellen, kann daran nichts ändern. Was die Kolleginnen und Kollegen in den Schulen auf die Palme bringt, ist die hartnäckige Weigerung der Landesregierung, den wachsenden Protest gegen schlechte Arbeitsbedingungen wenigstens zur Kenntnis zu nehmen. Stattdessen schwingt sie die Disziplinarkeule gegen Lehrerinnen und Lehrer, die für einen Tag die Arbeit niedergelegt haben, verhängt Maulkörbe und betreibt Schönfärberei (HLZ S.5).

Überlastungsanzeigen ernst nehmen

Briefe werden nicht beantwortet und in Überlastungsanzeigen dokumentierter Dauerstress gilt Minister *Lorz* als „Begleitererscheinung der Postmoderne“ (1), der man mit der „Optimierung von Arbeitsprozessen“ und der „Nutzung von Synergieeffekten“ entgegenzutreten könne. Die Überlastungsanzeigen, die vor allem von Grundschulkollegien erstellt und versandt wurden, sollen jedoch unmissverständlich deutlich machen, dass es so nicht mehr weiter gehen kann. Die Kolleginnen und Kollegen fordern ihren Arbeitgeber, den Hessischen Kultusminister, und die Schulträger auf, Maßnahmen einzuleiten, die die aufgeführten Belastungen verringern und ihre Arbeitsbedingungen verbessern, dass sie ihre Aufgaben ohne gesundheitliche Einbußen erfüllen und Schülerinnen und Schüler sorgfältig und qualitativ gut unterrichten und betreuen können, wie sie es brauchen. Weitere Informationen zu den Überlastungsanzeigen findet man unter www.gewhessen.de (> Aktuell > Themen > Überlastungsanzeigen).

Pflichtstundenzahl senken und Nullrunde beenden

Die hessischen Lehrerinnen und Lehrer, ob verbeamtet oder tarifbeschäftigt, haben die bundesweit höchste Pflichtstundenzahl. Das Land Hessen hat mit 42 Stunden pro Woche die höchste Wochenarbeitszeit für Beamtinnen und Beamte in der Bundesrepublik Deutschland. Selbst das vage Versprechen der schwarz-grünen Koalition, die Arbeitszeit im Jahr 2017 (!) auf 41 Stunden (!) abzusenken, steht unter „Finanzierungsvorbehalt“ und dem Diktat der „Schuldenbremse“.

Am 16. Juni 2015 streikten verbeamtete Lehrerinnen und Lehrer gegen die Weigerung der schwarz-grünen Landesregierung, die Tarifierhöhungen für die Angestellten auf die Beamten zu übertragen und den Polizistinnen und Polizisten, Lehrkräften oder Forstbeamten stattdessen eine 18-monatige Nullrunde zu verordnen. Am 1. April 2016 tritt die zweite Stufe für die Tarifbeschäftigten in Kraft, deren Gehalt dann um weitere 2,4% steigt. Für die Beamtinnen und Beamten soll es wieder NICHTS geben. Dies bedeutet für die 110.000 Beamtinnen und Beamten und ihre Familien faktisch eine Reallohnabsenkung von mindestens 5 Prozent von 2015 bis 2018. Rechnet man die Kürzungen im Rahmen der „Operation Düstere Zukunft“ unter Ministerpräsident *Roland Koch*

hinzu, summieren sich die dauerhaften Gehaltsverluste auf über 10 Prozent. Die Eigenleistungen bei der Beihilfe stellen eine weitere Reallohnkürzung dar. Die Wertschätzung eines Arbeitgebers gegenüber seinen Beschäftigten drückt sich aber nicht in warmen Worten aus, sondern in guten Arbeitsbedingungen und einer guten Bezahlung.

Das Land Hessen muss endlich seine skandalösen Alleingänge beenden. Alle anderen Bundesländer haben unabhängig von ihrer jeweiligen Haushaltslage das Tarifergebnis für den öffentlichen Dienst im Frühjahr 2015 inhaltsgleich auf die Beamtinnen und Beamten übertragen, zum Teil mit kleinen Abstrichen für die Bildung einer Versorgungsrücklage und mit unterschiedlichen zeitlichen Verschiebungen. Sie alle folgen damit der Vorgabe des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG) in seinem Urteil vom 27.2.2014, bei der Ausgestaltung der Beamtenbesoldung die Tarifabschlüsse für den öffentlichen Dienst „in den Blick zu nehmen“. Die schwarz-grüne Landesregierung in Hessen tut das genaue Gegenteil: Sie will die Beamtinnen und Beamten in Hessen dauerhaft abhängen, nicht zuletzt mit der Ende 2013 getroffenen Vereinbarung, dass die Beamtenbesoldung ab dem 1.7.2016 Jahr für Jahr um 1% Prozent angehoben werden soll, und zwar unabhängig von der Tarifentwicklung.

Stellenstreichungen zurücknehmen

Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrerinnen und Lehrer haben im Sommer gegen Stellenkürzungen in der Oberstufe und in der Grundschule demonstriert. Diese Proteste waren nicht wirkungslos. Als die steigende Zahl von Kindern aus Flüchtlingsfamilien im Herbst 2015 schnelles Handeln erforderte, wagte die Landesregierung keinen zweiten Verschiebeparkplatz, notwendige Stellen für den Bereich der Intensivklassen anderen Bereichen der schulischen Bildung zu entziehen und diese dabei noch als „privilegiert“ zu denunzieren. Die GEW wird im Bündnis mit Eltern und Schülerinnen und Schülern weiter für die Rücknahme der Kürzungen kämpfen. Das gilt auch für die Kürzung der Stundenzahl für den Deutschunterricht in den Intensivklassen.

Auch die schleppende Umsetzung der Inklusion musste erhalten, um die Kürzungen in der Grundschule und den Oberstufen zu begründen. Mit der Ausweitung der Kürzungen auf die Qualifikationsphase steigt die Zahl der gestrichenen Stellen im Schuljahr 2016/17 auf 240, die uns jetzt als „zusätzliche Stellen“ für den inklusiven Unterricht serviert werden. Und weil der „Pakt“ für neue Ganztagsangebote begrifflich schon vergeben (und vielleicht auch schon verbraucht) ist, auch „Modellregionen“ schon abgenutzt sind, kreiert das Kultusministerium jetzt die „inkluisiven Schulbündnisse“, hinter denen sich nichts anderes als die alten „Schwerpunktschulen“ verbergen, die das Scheitern der wohnortnahen inklusiven Bildung in der Fläche bemänteln sollen (2).

Statt weiterer Kürzungen und der Umverteilung von Stunden brauchen wir zusätzliche Stellen für die Schulen, um den pädagogischen Alltag bewältigen und neue Aufgaben

im Bereich der Inklusion oder des Ganztags in Angriff nehmen zu können und die Arbeits- und Lernbedingungen für alle deutlich zu verbessern.

Die Abwertungsspirale der pädagogischen Profession muss endlich gestoppt werden. Hierzu gehört, die Pflichtstunden aller Lehrkräfte zu reduzieren und das Tarifergebnis vollständig auf alle Beamtinnen und Beamten zu übertragen.

Statt schöner Sonntagsreden über die große Bedeutung der Bildung erwarten wir endlich Antworten auf unsere berechtigten Forderungen. Wir dürfen nicht nachlassen, die Landesregierung politisch unter Druck zu setzen, damit die Rechnung, unseren Widerstand auszusitzen, nicht aufgeht.

Maike Wiedwald

stellvertretende Landesvorsitzende der GEW

(1) Antwort des Kultusministers auf eine Anfrage des SPD-Abgeordneten Siebel (Landtagsdrucksache 19/714 vom 2.9.2014)

(2) Mit dem Inhalt der Pressemeldung und der Pressekonferenz des Kultusministers vom 21.1.2016 wird sich die GEW in ihren Gremien beschäftigen. Die HLZ wird in ihrer nächsten Ausgabe informieren.



GEW fordert Einstellungen der Disziplinarverfahren

Statt einen Dialog zu eröffnen und zu verhandeln, greift die Landesregierung in die Mottenkiste disziplinarischer Maßnahmen. Polizeibeamte äußern sich aus Angst vor Disziplinarverfahren nur noch anonym über zu hohe Arbeitszeiten und Arbeitsverdichtungen (Hessenschau vom 21.1.2016). Lehrerinnen und Lehrern wurde nach der Anfrage einer Fernsehredaktion zur jüngsten Pressekonferenz des Kultusministers dienstlich untersagt, sich zur Umsetzung der Inklusion zu äußern. Bei Überlastungsanzeigen zu den desolaten Arbeitsbedingungen sollen die Schulleitungen „für Ruhe sorgen“. Dass ein Brandbrief von 100 Personalräten und Schulleitungen aus dem Kreis Groß-Gerau und dem Main-Taunus-Kreis, die dem Kultusministerium schon Anfang 2015 ihre Sorgen über die personelle Versorgung der Intensivklassen mitteilen wollten, dort angekommen ist, war nur der Tatsache zu entnehmen, dass alle unterzeichnenden Schulleiterinnen und Schulleiter wegen ihrer Unterschrift vom Schulamt gerüffelt werden mussten. Eine inhaltliche Antwort gab es nie.

Die Einleitung von förmlichen Disziplinarverfahren gegen 6.000 Kolleginnen und Kollegen, die am 16. Juni 2015 gestreikt haben, erfolgte gegen den ausdrücklichen Rat der Staatlichen Schulämter. Selbst *Roland Koch* hatte auf Lehrerstreiks in Zeiten der absoluten Mehrheit der CDU (2003) und in der Koalition mit der FDP (2009) gelassener reagiert als die schwarz-grüne Koalition. Dass für die Durchführung der Disziplinarverfahren zusätzliche Juristinnen und Juristen eingestellt werden und die GRÜNEN zu all dem schweigen, „statt einen Dialog mit den Beschäftigten“ zu führen, veranlasste mindestens einen GEW-Kollegen zum Austritt aus der Partei.

Im Rahmen einer von der LINKEN beantragten aktuellen Stunde wollte sich der als Staatsrechtler habilitierte Kultusminister Lorz zur rechtlichen Seite des Beamtenstreiks nach den Urteilen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) nicht weiter äußern, da dies die Abgeordneten *Greilich* (FDP) und *Wagner* (Bündnis 90/Die Grünen) schon getan hätten, und beließ es bei der Behauptung, das Urteil

des EGMR habe sich nur auf „Bedienstete öffentlicher Unternehmen in der Türkei“ bezogen und sei deshalb für hessische Beamte ohne Bedeutung. Dabei ließ Lorz außer acht,

- dass die Europäische Konvention für Menschenrechte (EMRK) und das dort verbrieft Koalitionsrecht für „alle Menschen“ in der Bundesrepublik Deutschland bereits seit 1952 Gesetzeskraft haben und
- dass das BVerwG in seinem Urteil vom 27.2.2014 klargestellt hat, dass Deutschland völkervertragsrechtlich verpflichtet ist, der EMRK und dem dort garantierten Streikrecht für Beamtinnen und Beamte ohne hoheitliche Aufgaben „innerstaatliche Geltung zu verschaffen“.

Viele Kolleginnen und Kollegen sehen die Verfahren als eine erneute Abwertung ihrer Arbeit an: Während jahrzehntelange aufreibende Arbeit weit über die Dienstpflichten hinaus unbeachtet bleibt, werde die Teilnahme an einem eintägigen Warnstreik, der nichts anderes als demonstrativen Charakter haben kann, zum staatsgefährdenden Akt stilisiert. Inzwischen häufen sich auch bei der Landesrechtsstelle der GEW die Beschwerden über Verfahrensmängel bei der Durchführung der massenhaften Disziplinarverfahren. Per Postzustellungsurkunde zugestellte Briefumschläge, in deren Fenster der Betreff „Einleitung eines Disziplinarverfahrens“ sichtbar war, „Ermittlungsführer“, die Lehrkräfte, die ihr Recht auf eine Anhörung wahrnehmen, mit vorgefertigten Standardbegründungen konfrontierten, die Ablehnung von begründeten Bitten um die Verschiebung eines Anhörungstermins sind nur einige Beispiele. Bei der Androhung einer Verweigerung einer anstehenden Beförderung erteilte die GEW umgehend Rechtsschutz für notwendige Eilverfahren.

Die Landesdelegiertenversammlung der GEW hat deshalb unmissverständlich gefordert, alle Disziplinarverfahren einzustellen. Diese Forderung wollen wir am 3. März bekräftigen.

- *Alle Informationen zu den Disziplinarverfahren sowie die Empfehlungen der GEW findet man auf der Homepage der GEW Hessen www.gew-hessen.de > Recht > Mitgliederbereich.*

Integrationskursleiter im Streik



Foto:
Uwe Stotz

Am 19. Januar 2016 legten die Leiterinnen und Leiter der Integrationskurse der Volkshochschule Wiesbaden (VHS) die Arbeit nieder und demonstrierten auf dem Mauritianplatz für höhere Honorare und gegen die Streichung von Zuschüssen. Karola Stötzel sprach für die HLZ mit der GEW-Kollegin und Kursleiterin Vera Seibel (auf dem Foto zweite Person von links).

HLZ: Kursleiterinnen und Kursleiter arbeiten auf Honorarbasis als selbstständige Lehrkräfte. Da ist es ja sehr ungewöhnlich, dass gestreikt wird...

Vera Seibel: Es ist wie so oft, wenn Etatberatungen anstehen: Die Stadt kürzt der VHS die Zuschüsse. Diesmal um 64.000 € und das angesichts der momentanen Situation! Ignoranter geht es wohl nicht. Unser Streik richtete sich also nicht gegen die VHS. Im Gegenteil: Wir haben für die VHS gestreikt und für eine gute Finanzierung. Jeder spricht davon, dass die Integration der Flüchtlinge ganz wichtig ist. Doch Integration ohne Sprachkenntnisse gibt es nicht. Wir, die Leiterinnen und Leiter der Integrationskurse, sind da in einer Schlüsselrolle, aber nach den Bedingungen unserer Arbeit fragte keiner.

Wie sehen die Bedingungen denn aus?

An der VHS Wiesbaden bekommen wir 23 € die Stunde und einen Zuschuss von 25% zur Rentenversicherung. Da geht es uns im Vergleich zu Honorarlehrkräften anderer Träger noch relativ gut. Denn das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) schreibt nur 20 € pro Stunde vor. Von Zuschüssen zur Renten- oder Krankenversicherung ist dort gar keine Rede. Aber 23 € für die Unterrichtsstunde sind nicht genug. Selbst bei einer vollen Unterrichtswoche bleiben nur 1.000 bis 1.200 € netto im Monat. Viele von uns suchen sich andere Möglichkeiten, zum Beispiel an Schulen, wo sie besser bezahlt werden. Wir fordern deshalb eine Anhebung auf 30 €.

Eure Probleme sind also auch die Probleme der VHS. Bekommt ihr dort Unterstützung?

Ja, die VHS hatte bei der Stadt beantragt, die Zuschüsse um 195.000 € aufzustocken, unter anderem, um die Honorare annähernd auf das Niveau an den Schulen anzuheben. Stattdessen kam eine Kürzung der Zuschüsse um 64.000 €. Dabei ist die VHS der größte Träger von Integrationskursen in Wiesbaden. Die VHS-Leitung hat uns dann unterstützt, Kontakt mit Oberbürgermeister Gerich aufzunehmen.

Die Stadt hat aber doch einen Ausgleich für die Kürzungen geschaffen und einen Fonds in Höhe von 500.000 € für Integrationskurse aufgelegt.

Das finden wir besonders merkwürdig: Erst kürzt man die Mittel für die VHS, deren Integrationskurse bewährt und erfolgreich sind, und dann legt man einen Fonds auf, um den sich dann alle möglichen Träger bewerben können. Wir befürchten, dass solche Träger den Zuschlag bekommen, die billiger anbieten, und dass die Qualitätskriterien und Honorare der VHS noch unterboten werden. Man kennt das doch, dass neu gegründete Institute ohne Qualitätsprüfung den Zuschlag erhalten, weil sie die niedrigsten Kosten für die Kurse ausweisen. Das geht dann aber nur mit Dumpinghonoraren!

Wie war die Resonanz auf euren Streikaufruf?

Da war ich wirklich überrascht. Kollegiale Solidarität gibt es unter uns selbstständigen Lehrkräften in Bezug auf den Unterricht, bei der Teamarbeit, aber kaum, wenn es um die Vertretung unserer Interessen geht. Jetzt war das anders. Von den 30 bis 35 Lehrkräften in unserem Fachbereich waren 20 bis 25 dabei. Beim Gespräch mit OB Gerich waren wir 20. Es hat auch viel für unser kollegiales Miteinander gebracht, das alles gemeinsam zu organisieren.

Habt ihr im Gespräch mit dem OB etwas erreicht?

Nun ja... Wir haben deutlich gemacht, dass etwas getan werden muss, damit wir qualifizierte Lehrkräfte halten können. Der OB hat zugesagt, sich im Städtetag dafür einzusetzen, dass wir mehr Honorar bekommen. Ich hoffe, das bleibt kein Lippenbekenntnis, insbesondere nicht, wenn die nächsten Haushaltsberatungen in Wiesbaden anstehen. Aber es ist ja nicht nur die Stadt! Wir haben es mit mehreren Akteuren zu tun, dem BAMF, dem Land, der Kommune. Für uns sind diese Akteure ganz schwer zu erreichen. Aber wir sind erst einmal mit unserer Aktion zufrieden. Wir haben den Moment genutzt, Aufmerksamkeit auf unsere Lage zu lenken, und haben auch eine ganz gute Presse bekommen. Aber der Blick müsste nachhaltiger und verlässlicher auf die Arbeitsbedingungen in den Integrationskursen gerichtet sein.

Was wünscht ihr euch für die Zukunft?

Das Wichtigste ist für mich, dass die Qualitätsstandards, die wir heute in den Integrationskursen haben, nicht wieder eingerissen werden. Gute Sprachkursarbeit und Integration: Das geht nur mit Professionalität. Deshalb muss das Berufsbild weiter geschärft werden. Dann wünsche ich mir, dass die unterschiedlichen Akteure die Arbeit, die wir leisten, wahrnehmen und ihr Handeln danach ausrichten. Diese Anerkennung muss sich auch in Geld ausdrücken! Denn es kann nicht sein, dass sich die oft geäußerte Wertschätzung unserer Arbeit nie inbarer Münze auszahlt! Ich wünsche mir, dass es einmal einen Haushalt der Stadt Wiesbaden gibt, in dem nicht bei der VHS gekürzt wird, sondern dass in der nächsten Haushaltsdebatte jemand aufsteht und sagt: Jetzt geben wir euch eine Million. Und ich wünsche mir, dass diejenigen, die über uns entscheiden, mehr über uns Kursleiterinnen und Kursleiter wissen und uns nicht immer nur als Sparmasse sehen.

Gemeinden brauchen mehr Geld!

Die GEW Hessen hat Konsequenzen aus der kritischen Bewertung der Tarifaueinandersetzung 2015 um eine bessere Entgeltordnung für den Sozial- und Erziehungsdienst (SuE) gezogen. Eines ist während des Streiks allen klar geworden: Die Forderungen der Beschäftigten nach einer besseren Eingruppierung und einer angemessenen tariflichen Entgeltentwicklung können kaum durchgesetzt werden, wenn wir nicht gleichzeitig für eine alternative Steuerpolitik und ein Mehr an Einnahmen für die Kommunen kämpfen. Die GEW Hessen ruft deshalb die Beschäftigten des Landes und der Kommunen dazu auf, sich am 3. März 2016 im Vorfeld der Kommunalwahlen aktiv und lautstark für einen handlungsfähigen Sozialstaat und für eine bessere Finanzausstattung der Kommunen und des Landes einzusetzen, um die Bedingungen für Bildung und für die Beschäftigten zu verbessern.

21. März: TVÖD-Tarifverhandlungen beginnen

Am 21. März 2015 beginnen die Entgeltverhandlungen im Bereich des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst (TVöD). Für die Beschäftigten der Kommunen geht es darum, noch vor Beginn der Tarifverhandlungen zu verdeutlichen, dass der öffentliche Dienst seinen beständig gestiegenen Aufgaben nur dann gerecht werden kann, wenn es endlich einen Politikwechsel gibt, einen Politikwechsel hin zu einer größeren Steuergerechtigkeit und einer Verbesserung der Einnahmesituation der öffentlichen Kassen.

Der von Bundesfinanzminister *Wolfgang Schäuble* für 2015 konstatierte Haushaltsüberschuss von 12 Milliarden Euro wird nicht reichen, um die angesammelten Missstände zu beseitigen und die zusätzlichen Aufgaben aus der Migrationsbewegung zu bewältigen. Sie werden auch nicht reichen, um den Menschen eine Teilhabeperspektive zu bieten, die durch Hartz IV, Mini- und Midi-Jobs, durch Lohndumping, die Preisgabe einer aktiven Arbeitsmarktpolitik und die Zerschlagung der arbeitsamtsgeförderten Weiter- und Fortbildung durch die Agenda 2010 buchstäblich verarmt wurden. Auch die dafür verantwortlichen Politikerinnen und Politiker ahnen es: Es gibt einen Zusammenhang zwischen sozialer Benachteiligung und aufkeimenden rechtspopulistischen und rechtsradikalen Stimmungen in Teilen der Bevölkerung.

Doch um auch in Hessen ein Umdenken der Landesregierung zu erreichen, müssen wir am 3. März 2016 mit vielen Menschen auf die Straße gehen. Die Missstände sind der



schwarz-grünen Landesregierung durchaus bekannt. Kurz vor den Kommunalwahlen fiel auch der CDU und den Grünen auf, dass die Politik der „Schuldenbremse“ die öffentlichen Hände fesselt. Der Investitionsstau der Kommunen in Hessen beläuft sich auf einen zweistelligen Milliardenbetrag.

Die „Schuldenbremse“ und der „Kommunale Schutzschirm“ bringen die Gemeinden dazu, die Investitionen in Straßen oder Schulbauten, Schwimmbäder oder Turnhallen zu drosseln oder komplett zu unterlassen, weil sie hier am einfachsten und flexibel „einsparen“ können.

Kurz vor dem Auftakt des Kommunalwahlkampfes kündigten Ministerpräsident *Bouffier* und Wirtschaftsminister *Al-Wazir* ein kommunales Investitionsprogramm an, das die Mittel eines Bundesprogramms verdreifacht und auf knapp eine Milliarde Euro aufstockt. Die Gesamtsumme reicht aber noch nicht einmal aus, um den Investitionsstau im Schulbereich der Städte Frankfurt und Wiesbaden zu beseitigen! Nur ein ausreichend dimensioniertes Investitionsprogramm kann die Kommunen in den Stand versetzen, mit Blick auf Personalkosten und Tarifentwicklung flexibler zu agieren. Denn Investitionen in die kommunale Infrastruktur können nicht unter ein bestimmtes Mindestniveau gekürzt werden.

Auch bei den genannten sozialen Missständen wurden die Kommunen in der Vergangenheit weitgehend alleine gelassen. Aufgrund von sozialpolitischen Maßnahmen des Bundes hatten die Gemeinden in den letzten Jahren mit erheblichen Mehrausgaben zu kämpfen. Hier muss der Bund über die Länder finanziell einspringen, die Kommunen entlasten und die Kosten für kommunale Sozialleistungen übernehmen.

Das alles kostet natürlich mehr Geld. Dafür brauchen wir zum Beispiel eine Erbschaftsteuer, die den Namen verdient. Zehn Milliarden mehr könnten bei einer moderaten Besteuerung großer Erbschaften bundesweit erzielt werden. Eine halbe Milliarde käme davon im Landeshaushalt an. Jährlich! Aber bisher weigert sich Hessen, sich für eine höhere Erbschaftsteuer im Bundesrat einzusetzen.

Deshalb ist es wichtig, dass sich die Beschäftigten der Kommunen an dem **Aktionstag am 3. März** beteiligen: Für gute Bedingungen in der Bildung! Für einen handlungsfähigen Sozialstaat und eine bessere Finanzausstattung der Kommunen und des Landes! Und für eine anständige Lohn- und Gehaltsentwicklung!

Karola Stötzel, stellvertretende Vorsitzende der GEW Hessen

Wiesbaden, 8. März: Frauenberufe aufwerten! Zentrale GEW-Veranstaltung zum Frauentag

Anlässlich des Internationalen Frauentags laden die GEW-Landesverbände Hessen und Rheinland-Pfalz am Dienstag, dem 8. März, um 17 Uhr zu einer Diskussions- und Kulturveranstaltung ins Roncalli-Haus in Wiesbaden ein (Friedrichstr. 26-28). *Frauke Gützkow* vom GEW-Hauptvorstand begründet die Forderung der GEW, Frauenberufe in Bildung und Erziehung endlich aufzuwerten, und fragt nach den Durchsetzungsmöglichkeiten und der Rolle der GEW. Debatten und Kulturbeiträge versprechen einen spannenden und unterhaltsamen Abend.
Weitere Infos: www.gew-hessen.de



Mehr Geld für die Kommunen!

Eckpunkte des DGB zur Kommunalwahl in Hessen

Die HLZ dokumentiert die Eckpunkte des DGB Hessen-Thüringen zu den hessischen Kommunalwahlen in Auszügen. Das vollständige Papier findet man im Internet unter <http://hessen-thueringen.dgb.de/themen> > Kommunen stärken.

In Stadtverordnetenversammlungen, Gemeindeparlamenten und Kreistagen werden Entscheidungen getroffen und Weichen gestellt, die die Menschen unmittelbar betreffen. In der Kommunalpolitik geht es um die Lebensgestaltung vor Ort, die nicht von Landesparlamenten oder dem Bundestag entschieden wird. Schulbau, Kitas, Jugendpflege, Kultur- und Sportangebote, Feuerwehr, Straßenreinigung, Wasserversorgung oder Abwasserbeseitigung: Hier entscheiden die Kommunen. Wir alle sind auf diese Einrichtungen, Dienstleistungen und eine funktionierende Infrastruktur angewiesen. (...) Diese Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge müssen in der Hand von Landkreisen, Städten und Gemeinden liegen. Nur das sichert dauerhaft ein bedarfsgerechtes Angebot, das allen zugänglich ist - unabhängig von Wohnort und Einkommen. Der Ruf nach mehr Wettbewerb hat erfahrungsgemäß negative Auswirkungen: Lohndumping, Entlassungen, Qualitätsverlust, mangelnde demokratische Kontrolle!

Gebühren sind sozial ungerecht!

Der Bund und das Land übertragen den Kommunen seit Jahren immer mehr Aufgaben, geben ihnen aber nicht das dafür notwendige Geld. Bund und Land senken die Steuern für Vermögende und Unternehmen, im Gegenzug müssen die Kommunen Gebühren für öffentliche Leistungen einführen oder erhöhen. Gebühren sind ungerecht, weil sie kleine und mittlere Einkommen stärker belasten als hohe Einkommen und Vermögen. Wir fordern, dass die Besteuerung nach dem Leistungsprinzip erfolgen muss und stärkere Schultern mehr tragen müssen. Nur über ein gerechtes Steuersystem werden diejenigen stärker zur Finanzierung kommunaler Aufgaben herangezogen, die mehr Einkommen und Vermögen haben. Um mehr Einnahmen zu erzielen, sollten die Städte und Gemeinden die Gewerbesteuern erhöhen. (...)

Flüchtlinge sind willkommen!

„Wir wollen eine solidarische Gesellschaft, die alle gleich behandelt. Viele Menschen sind in dieser Zeit auf Hilfe angewiesen, weil sie aus ihrer Heimat flüchten mussten. Diese Hilfe sollen sie bei uns bekommen. Dafür werden zunächst gut ausgestattete Flüchtlingsunterkünfte benötigt. Ziel muss es sein, dass die Menschen, wenn sie wollen, schnell ein neues Zuhause finden. Dafür brauchen sie eine Wohnung und Arbeit oder Ausbildung, um finanziell unabhängig und eigenständig zu werden. Sprachkurse und Qualifizierungsprogramme müssen bereitgestellt werden, Abschlüsse ermöglicht und anerkannt werden. Willkommenskultur schaffen heißt auch, die kulturellen und ethischen Bedürfnisse von Geflüchteten zu berücksichtigen und in der Gesellschaft das offene Klima für Integration auszuweiten.“ (DGB-Eckpunkte 2016)

Für eine gerechte Steuerpolitik

Um die Kommunen angemessen auszustatten, sind Einnahmesteigerungen unausweichlich. Diese sollten angesichts der erheblichen Schieflage bei der Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland durch eine höhere Belastung der Vermögenden und der reichen Haushalte erfolgen. Dafür muss sich die Landesregierung auf Bundesebene stark machen und Bündnispartner suchen. Aber auch die Politikerinnen und Politiker auf der kommunalen Ebene sind aufgefordert, in ihren Parteien für eine Steuerpolitik zu werben, die die wachsende Ungleichheit bei der Verteilung der Einkommen und Vermögen korrigiert und die Basis der Einnahmen der öffentlichen Hand verbreitert. Die „Schuldenbremse“ ist als Zukunfts- und Investitionshindernis zu streichen.

Die Wiedererhebung der Vermögensteuer stellt fiskalisch und verteilungspolitisch eine attraktive Option dar, da das Aufkommen der Vermögensteuer vollständig den Bundesländern zufließt. Die am häufigsten diskutierte Variante mit einem Steuersatz von einem Prozent und einem durchschnittlichen Freibetrag für Erwachsene von einer Million Euro und für Kinder in Höhe von 200.000 Euro würde für alle Bundesländer zusammen zu Mehreinnahmen von 20 Milliarden Euro führen. Für den hessischen Landeshaushalt wäre mit einem Einnahmeplus in Höhe von 1,56 Milliarden zu rechnen. Hieran sollte das Land die Kommunen mit 30 bis 50% beteiligen.

Sinnvoll wäre auch eine Erhöhung der Erbschaftsteuer. Diese Steuer fällt in Deutschland im Vergleich zu anderen Industrieländern sehr mäßig aus, weil vor allem reiche Erben kaum belastet werden. Erbschaften stellen für die Begünstigten ein leistungsloses Einkommen dar, häufig in sehr hohem Umfang. Reiche Erben werden so aufgrund ihrer sozialen Herkunft doppelt privilegiert, da sie in der Regel sowieso schon bessere Bildungschancen und damit auch bessere Verdienstmöglichkeiten haben. Deshalb sollte eine Steigerung des Erbschaftsteueraufkommens von rund vier auf zehn Milliarden durch eine höhere Besteuerung reicher Erben erfolgen. Hessen kämen hiervon rund 500 Millionen Euro zugute, auch hiervon sollten die Kommunen profitieren.

Die immer ungleichere Verteilung des Vermögens wurde durch den Wegfall der Vermögensteuer im Jahr 1997 und die viel zu geringe Besteuerung von Erbschaften gefördert. Insofern ist eine höhere Belastung vermögender Haushalte fiskalisch wie verteilungspolitisch doppelt geboten.

Aus kommunaler Sicht wäre es zudem wichtig, die Gewerbesteuer zu einer Gemeindefiskussteuer auszubauen. Durch die Einbeziehung der gesamten Einkünfte aus selbständiger Tätigkeit, einschließlich der Freiberufler, sollte der Kreis der Steuerpflichtigen ausgeweitet werden. Um die Ergiebigkeit zu erhöhen und die Schwankungsanfälligkeit zu reduzieren, müsste die Bemessungsgrundlage verbreitert werden, z.B. durch die Hinzurechnung aller Zinsen aus Dauerschulden. Zu erwarten wäre ein Mehraufkommen in Höhe von deutschlandweit etwa 8 Milliarden Euro. Davon würden 1,5 Milliarden Euro auf die hessischen Gemeinden entfallen.

X Auch am 3. März gilt: „A13 für alle!“

Grundschullehrkräfte bringen zum Aktionstag der GEW Hessen für bessere Bildungsfinanzierung und handlungsfähige Kommunen am 3. März 2016 ihre Buttons und Plakate „A13 für alle!“ mit. Auch den Internationalen Frauentag am 8. März werden sie nutzen, um erneut die Buttons sichtbar in die Schulen zu tragen und mit regionalen Veranstaltungen auf die Forderungen der GEW Hessen aufmerksam zu machen.

X Meine Frage an die GEW: Warum klagen wir nicht?

Angesichts wortgewaltiger Ankündigungen von Teilen des Deutschen Beamtenbundes (DBB), man werde die Besoldungsblockade der Landesregierung vor Gericht zu Fall bringen, fragen auch GEW-Mitglieder, wie erfolgversprechend der Weg vor die Gerichte ist.

Die GEW geht davon aus, dass der Klageweg derzeit nicht aussichtsreich ist und die von einzelnen Mitgliedsorganisationen des DBB verbreiteten Musterwidersprüche nur von dessen politischer Untätigkeit ablenken sollen. Bei Widersprüchen gegen die neue Beihilferegelung für Wahlleistungen besteht sogar die Gefahr, dass alte Pläne, die Wahlleistungen komplett zu streichen, wieder aufleben könnten. Die Rechtsstelle der GEW Hessen und die beamtenpolitische Abteilung beim DGB-Bundesvorstand kommen nach intensiver Prüfung übereinstimmend zu dem Ergebnis, dass allein die 18-monatige Nullrunde bis heute noch nicht zu einer nach den Parametern des Bundesverfassungsgerichts rechtswidrigen „Unteralimentation“ führt. Das weiß auch der DBB, weshalb zwar markige Ankündigungen zu hören sind, von der tatsächlichen Einreichung einer Klage aber noch nichts bekannt ist.

GEW-Tarifsekretär *Rüdiger Bröhling* weist in seiner ausführlichen Analyse darauf hin, dass die weitere Umsetzung der im Koalitionsvertrag festgelegten Pläne zur Beamtenbesoldung Mitte 2016 zu einer veränderten rechtlichen Beurteilung führen kann. Die GEW werde dann juristische Schritte einleiten, „wenn aufgrund aller Parameter eine Unteralimentation wahrscheinlich erscheint“.

• *Ausführliche Infos unter www.gew-hessen.de > Recht > Widerspruch gegen Unteralimentation?*

GEW-Kreisverband Wiesbaden: Prüfsteine zur Kommunalwahl

Trotz eines Bedarfs von 400 Millionen Euro für die Sanierung der Schulen will die Stadt Wiesbaden Mittel kürzen sowie längst überfällige und bereits mit hohen Kosten geplante Maßnahmen auf unbestimmte Zeit verschieben. Für den Doppelhaushalt 2015/16 stehen nur 10 Millionen Euro zur Verfügung. Die Forderungen, für die GEW, Städtelternbeirat und Stadtschülerrat am 16. Juli 2015 vor dem Rathaus demonstrierten (Foto: *Heinrich Schuld*), stehen auch in den Wahlprüfsteinen des GEW-Kreisverbands zur Kommunalwahl ganz oben. Für Zukunftsinvestitionen in Schulen und Bildung dürfe auch die Aufnahme neuer Kredite kein Tabu sein: Die Verschleppung führe zu enormen „finanziellen und ideel-



len Folgekosten“, denn „Verwahrlosung ist ansteckend“. Außerdem fordert der GEW-Kreisverband einen Aktionsplan für die Überprüfung und Beseitigung von Schadstoffbelastungen und „eine kritische Distanz der Stadtpolitik zum Lobbyismus in Schulen“.

X DGB für Wohnungsbau und Mietstopp in Hessen

„Ebbe langt's – Stoppt die Mietervertreibung!“ lautet das Motto einer Demonstration, zu der der DGB gemeinsam mit Bürgerinitiativen in Frankfurt am Montag, dem 15. Februar, aufruft. Die Demonstration beginnt um 16 Uhr vor dem Planungsdezernat in der Kurt-Schumacher-Straße. *Harald Fiedler*, Vorsitzender des DGB-Stadtverbands, erinnerte erneut daran, dass in Frankfurt rund 30.000 bezahlbare Wohnungen fehlen. Für normal verdienende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sei es kaum noch möglich, eine bezahlbare Wohnung zu finden: „Dies trifft Facharbeiter, Krankenschwestern, Erzieherinnen, Polizisten, Verkäuferinnen und viele mehr.“ Die Bürgerinitiativen kämpfen gegen die Verdrängung von Mietern durch eine „investorenverlieb-

te Stadt“ und fordern vor allem von der städtischen Baugesellschaft ABG, ehemalige Sozialwohnungen „nur an Bewerber mit Bindungsschein zu vermieten und die Miete auf 6,50 Euro pro Quadratmeter zu begrenzen“.

In der umfassenden DGB-Expertise „Strukturwandel in Hessen gestalten“, die gerade jetzt Ende Januar erschien, rechnet *Rudolf Martens* vom Paritätischen Wohlfahrtsverband vor, dass bis 2020 in Hessen jährlich 12.000 Sozialwohnungen gebaut werden müssten, um dem Bedarf gerecht zu werden. Das Land müsse hier rund 600 Millionen Euro jährlich investieren.

• *DGB Hessen: Strukturwandel in Hessen gestalten, herausgegeben von Liv Dizinger und Kai Eicker-Wolf. Büchner-Verlag 2016. 289 Seiten, 37,90 Euro*

X LEB und GEW: Petition für kostenfreie Schülertickets

Die GEW unterstützt eine Petition des Landeselternbeirats (LEB) zur Einführung eines kostenfreien Schülertickets für ganz Hessen als Baustein für Chancengleichheit: „Der Besuch einer Schule darf nicht am Geldbeutel der Eltern scheitern, nur weil die Fahrkarte zu teuer ist.“ Auch die Landesschülervertretung und die hessischen Kreis- und Städtelternbeiräte haben sich dem Aufruf angeschlossen. Bereits nach zehn Tagen konnten über 5.000 Unterschriften eingesammelt werden. Die bisherige

Regelung zur Fahrtkostenerstattung sei nicht mehr zeitgemäß und müsse dringend verändert werden: „Gelegentlich entscheiden nur wenige Meter, ob einem Kind die Fahrkarte erstattet wird oder nicht.“ Der Koalitionsvertrag von CDU und Grünen enthält einen entsprechenden Prüfauftrag. LEB-Vorsitzender *Reiner Pilz* forderte, „den Worten endlich Taten folgen zu lassen“.

• *<https://www.openpetition.de/petition/online/kostenfreies-schuelerticket-fuer-ganz-hessen>*



Rechtspopulisten im Aufwind

Die rechten Parteien im Kommunalwahlkampf

Flüchtlinge sind das dominierende Mobilisierungsthema bei der hessischen Kommunalwahl am 6. März. Es korrespondiert mit Unsicherheiten und Ängsten in großen Teilen der Bevölkerung, mit fehlendem Zutrauen in die politische Klasse und einem wahrgenommenen „Kontroll-

verlust“ der Politik in der Flüchtlingsfrage. Von diesen Entwicklungen profitiert vor allem die populistische AfD mit ihrem antieuropäischen und national-konservativen und auch zunehmend radikalisierten rassistischen Kurs. In der HLZ 1-2/2016 beschrieb der Marburger Er-

ziehungswissenschaftler und Rechtsextremismusforscher Benno Hafener die rechtsextremistische und rechtspopulistische Landkarte Hessens im Vorfeld der Kommunalwahlen. Die HLZ bat ihn für diese Sondernummer um eine Aktualisierung seiner Einschätzungen.

Bei der letzten Kommunalwahl in Hessen am 27. März 2011 traten die rechtsextreme NPD und die rechtspopulistischen Republikaner (REP) nur noch in einigen Landkreisen, Städten und Gemeinden an und erzielten landesweit 0,4 Prozent (NPD) bzw. 0,7 Prozent der Stimmen (REP). Sie wurden in keiner Kommune zu einer ernstzunehmenden Größe, konnten aber vereinzelt Wählerinnen und Wähler binden. Ihre Wahlergebnisse sind vor allem für Wölfersheim (Wetteraukreis) mit 5,7 Prozent und zwei Mandaten für die NPD und für Wehrheim (Hochtaunuskreis) mit 2,7 Prozent und einem Mandat für die REP erwähnenswert. Bei der Landtagswahl 2013 in Hessen erhielten die NPD 1,1 Prozent und die REP 0,3 Prozent der abgegebenen Stimmen und blieben auch landespolitisch bedeutungslos.

NPD, REP und AfD treten an

Für Hessen wird das rechtsextreme Personenpotenzial in Parteien, Kameradschaften und neonazistischen Gruppen von den Behörden derzeit mit insgesamt 1.300 angegeben. Die Republikaner und die NPD, die bei der Kommunalwahl am 6. März 2016 nur noch in wenigen Städten, Gemeinden und Landkreisen antreten, befinden sich im Niedergang. Die NPD, die in Hessen noch rund 250 Mitglieder hat, hat „den Westen“ weitgehend „aufgegeben“, um sich auf die Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt zu konzentrieren. Beide Parteien haben einen hohen Altersdurchschnitt und es gelingt ihnen nicht, neue und jüngere Mitglieder zu gewinnen. Der Landesverband Hessen der AfD, der erstmals in Hessen bei einer Kommunalwahl antritt, hat etwa 1.900 Mitglieder, vor allem ältere Männer aus den Mittelschichten. Die AfD tritt außer im Werra-Meißner-Kreis in allen Landkreisen, den fünf kreisfreien Städten Frankfurt, Wiesba-

den, Kassel, Darmstadt und Offenbach sowie in zahlreichen Städten, Gemeinden und Ortsbeiräten an. Dabei konnte die AfD eine große Anzahl von Kandidatinnen und Kandidaten aufstellen, so unter anderem im Main-Taunus-Kreis (33), in Frankfurt (31), in Darmstadt, im Wetteraukreis und im Kreis Groß-Gerau (jeweils 30), in Wiesbaden (29), im Main-Kinzig-Kreis (27), im Hochtaunuskreis (24) oder in Kassel (21). Ihre Kandidatinnen und Kandidaten kommen mit Blick auf ihre Ausbildung und Berufe „aus der Mitte der Gesellschaft“. Im Unterschied zu NPD und REP findet man dort viele akademische Berufe, unter anderem Ingenieure, Angestellte, Kaufleute, Anwälte, Ärzte, Polizisten, Lehrer und Selbständige. Die Mehrheit ist männlich, aber es gibt auch Frauen auf den Wahlvorschlägen der AfD.

Menschenfeindlich und rassistisch

Im Mittelpunkt des Wahlkampfes von NPD, REP und AfD stehen „Recht und Sicherheit“, „Familie“ und vor allem das angebliche „Staatsversagen“ im Umgang mit Flüchtlingen und in der Silvesternacht in Köln und anderen Städten. Vor dem Hintergrund der aktuellen – durch Krieg, Vertreibung und Verarmung verursachten – Flucht- und Migrationsbewegungen mit kaum absehbaren Ausmaßen und Folgen dominieren die Themen Migration und Zuwanderung, Flüchtlinge und Asyl. Ein Blick in ihre Programme, Aktivitäten und Parolen im Netz lässt keinen Zweifel: In einem rigiden Freund-Feind-Denken werden Gruppen menschenverachtend abgewertet und als bedrohliche Feinde konstruiert, zu denen vor allem Migranten, Flüchtlinge und Asylbewerber zählen.

Die Argumentation folgt dem ideologischen Muster und den politischen Mythen der „Überfremdung“, des angeblichen Verlustes des „wirtschaftlichen Wohlstands“, der „kollektiven Identität“ und der „nationalen Kultur“. Der Staat wird als handlungsunfähig dargestellt und denunziert. „Echte“ Asylsuchende werden gegen den angeblichen „Asylmissbrauch durch Wirtschaftsflüchtlinge und kriminelle Ausländer“ ausgespielt, die wiederum die öffentliche Sicherheit gefährden. Es gehört zum „Markenkern“ der extremen und populistischen Rechten, Hass und Ressentiments gegen Zuwanderer und Flüchtlinge zu schüren und damit die Flüchtlings- und Asylpolitik der demokratischen Parteien und der Bundesregierung zu denunzieren und als gescheitert zu brandmarken. Die Kampagne in der Medienwelt und den sozialen Medien gegen Migranten, Flüchtlinge und Muslime sowie die Gleichsetzung von Islam, Gewalt und Terrorismus, von „Nordafrikanern und Arabern“ mit sexualisierter Gewalt sollen Ängste

Solidarität statt Spaltung: Diskussion in Hanau

Erich Pipa, SPD-Landrat im Main-Kinzig-Kreises, war wegen seines Engagements für Flüchtlinge wiederholt Adressat von wüsten Beschimpfungen als „Kanaken-Landrat“ und „stinkende Ratte“. Eine „Initiative Heimatschutz Kinzigtal“ drohte, den Landrat bei einer öffentlichen Großveranstaltung „aus dem Weg zu räumen“. Am Donnerstag, dem 18. Februar, diskutieren *Erich Pipa*, der Kreisbeigeordnete *Matthias Zach* (Grüne) und *Andreas Müller* (LINKE) in Hanau mit Vertretern von DGB, GEW und anderen Initiativen über das Thema „Solidarität statt Spaltung - UmFAIRteilung jetzt!“ (Beginn um 18 Uhr, Olof-Palme-Haus, Pfarrer-Hufnagel-Str. 2)

schüren. Nach der Silvesternacht in Köln wird generalisierend suggeriert, dass vor allem die Sicherheit von Frauen und die innere Sicherheit Deutschlands bedroht seien. Der Zustrom der Flüchtlinge würde zur „Überfremdung“ und zum Niedergang von Deutschland und Europa führen. Flüchtlinge und Asylbewerber gelten als „sozialer Sprengstoff“ und werden zur Projektionsfläche von biografischen und gesellschaftlichen Krisenentwicklungen und Krisenerfahrungen, von Ängsten und Unsicherheiten in der Bevölkerung.

In der Mitte der Gesellschaft

Mit solchen ideologischen Facetten und Stimmungen versuchen die Parteien des rechten Lagers ihre Mitglieder, Anhänger und Milieus und darüber hinaus Wählerinnen und Wähler aus der Mitte der Gesellschaft vor allem in den Landkreisen und Orten zu mobilisieren, in denen es Gemeinschaftsunterkünfte, Erstaufnahmelager und Noteinrichtungen für Flüchtlinge und Asylbewerber gibt, in denen diese vorübergehend oder über längere Zeit untergebracht sind und leben. Zahlreiche Studien zeigen, dass das Zustimmungspotenzial für fremdenfeindliche, antimuslimisch-rassistische, rechtspopulistische und auch rechtsextreme Orientierungen zwischen 15 und 20% liegt. Nach einer Mitte Januar durchgeführten Umfrage von *Infratest dimap* im Auftrag des Hessischen Rundfunks liegt die AfD in Hessen bei der Sonntagsfrage bei 12% und wäre im Landtag die drittstärkste Partei.

Was tun gegen rechts?

Zum öffentlich-politischen Umgang und der Auseinandersetzung mit der populistischen und extremen Rechten gibt es drei – durchaus plausible – Überlegungen bzw. Muster, die es prinzipiell und „von Fall zu Fall“ abzuwägen gilt:

- **Ignorieren und rechts liegen lassen:** Je mehr Aufmerksamkeit man herstellt, desto mehr Beachtung und Resonanz, Berichterstattung und auch Sympathie finden die Rechtsextremisten und Rechtspopulisten. Bleiben sie bei Wahlversammlungen, an Infoständen, beim Flugblattverteilen und im Netz unter sich, dann finden sie keinen Resonanzraum.
- **Konfrontieren, verhindern und stören:** Diese Interventionen sollen öffentlich markieren, dass Rassismus, menschenfeindliche und menschenverachtende Ideologien in der Demokratie und in unserer Kommune keinen Platz und keinen Raum haben dürfen. Mit Blick auf die deutsche Geschichte und die Logik und Folgen des rechtsextremen Denkens gilt es, den „Anfängen zu wehren“ und zu verhindern, dass sie ungestört öffentliche Räume nutzen, ihre Ideologie verbreiten können und auch in Parlamente einziehen.
- **Beachten, diskutieren, auseinandersetzen:** Die dritte Möglichkeit folgt mit einer differenzierten Perspektive der Überlegung, dass man mit organisierten und ideologisch verfestigten Kadern nicht diskutieren kann. Man kann sie aber mit Blick auf das Umfeld und die Sympathisanten in der öffentliche Diskussion und Meinungsbildung mit den besseren Argumenten entlarven, ihre Ressentiments und plakativen Forderungen mit ihrer Logik und ihren Folgen aufklärend dechiffrieren. Dies gilt weniger für das „kleine“ rechtsextreme Lager als für die rechtspopulistisch-autoritären Metaphern und Fragmente der AfD, die derzeit, so die Momentaufnahmen von Meinungsumfragen, auch in Hessen in Teilen der Bevölkerung Zustimmung finden.

Benno Hafeneeger

Zur Kommunalwahl 2016 in Wetzlar

Herausforderung Flüchtlinge

Willkommenskultur und Integrationskonzepte



Podiumsdiskussionen

Mi., 17.02., 19.³⁰: Experten und ihre Konzepte
Mi., 24.02., 19.³⁰: Parteien und ihre Antworten

Nachbarschaftszentrum Niedergirmes, Wetzlar

<http://www.demokratie-foerdern.de/kommunalwahl> (ab 05.02.2015)

Nicht nur in Wetzlar: Veranstaltungen zur Wahl

Der GEW-Kreisverband Wetzlar engagiert sich seit vielen Jahren im Rahmen des Bündnisses „Wetzlar - Bunt statt Braun“ gegen fremdenfeindliche und rechte Umtriebe in Mittelhessen. Kreisverbandssprecher *Walter Schäfer* sprach im September auf der Kundgebung gegen die „Heimattour“ der NPD zum Auftakt der Kommunalwahlen (HLZ 11/2015). Und Mitte November war die GEW dabei, als rund 850 Menschen unter dem Motto „Herz statt Hetze“ gegen einen Fackelumzug von Neonazis demonstrierten. Auch im Kommunalwahlkampf setzt das Bündnis auf Argumente und fragt sowohl Expertinnen und Experten als auch die Parteien nach „Konzepten und Antworten“ für die Flüchtlingsfrage. Bei den Veranstaltungen im Nachbarschaftszentrum Niedergirmes in Wetzlar sollen auch Flüchtlinge zu Wort kommen.

Auch bei anderen Veranstaltungen des DGB zur Kommunalwahl wird das Flüchtlingssthema eine Rolle spielen. Hier zwei weitere bei Redaktionsschluss bekannte Termine:

- **Frankfurt, 23. Februar, 19 Uhr:** DGB-Haus (W.-Leuschner-Str. 69-77) Diskussion des DGB-Stadtverbands mit *Michael zu Löwenstein* (CDU), *Mike Josef* (SPD), *Manuel Stock* (Grüne), *Dominike Pauli* (Linke) und *Annette Rinn* (FDP)
- **Erbach/Odenwald, 25. Februar, 19 Uhr,** Erbacher Brauhaus (Jahnstr.1): Diskussion mit den hessischen Gewerkschaftsvorsitzenden *Gabriele Kailing* (DGB), *Jürgen Bothner* (ver.di), *Jochen Nagel* (GEW) und *Andreas Grün* (GdP)



WIR BLEIBEN DRAN!

AKTIONSTAG

am 3. März 2016

Handlungsfähiger Sozialstaat:

**GUTE BEDINGUNGEN
FÜR BILDUNG!**

Bessere Finanzausstattung der
Kommunen und des Landes!

Demonstrationen und Kundgebungen

Frankfurt

15.30 Auftakt, DGB Haus (W.-Leuschner-Str.)

16.15 Kundgebung, Alte Oper

Kassel

15.30 Auftakt, Staatstheater

16.30 Kundgebung, Opernplatz